

*Minimum - Konsum*

heruntergegangen worden. Es schein, daß die Hafernot wirklich allgemein sei.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß es ihn merkwürdig berührt habe, daß bei der letzten Zuckerverlieferung Kristallzucker in so beschränktem Maße herausgegeben wurde, so daß in kürzester Zeit, wenn so und so viel Rohzucker und Melasse verfüttert wird, eine Preissteigerung zu fürchten sei, obwohl seitens der Zuckerindustriellen ausdrücklich erklärt wurde, daß sie vor August keine Steigerung eintreten lassen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er 100 Waggons Rohzucker noch zu 31 K gekauft habe und daß das Armeekommando von der österreichischen Regierung Saatgetreide für Russisch-Polen begehrt habe.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes erlassen sei, daß ein Kaufmann nicht höher verkaufen dürfe, als zu seinen Herstellungskosten plus 7 bis 8 Prozent Gewinn. Diese Entscheidung treffe nicht nur die Kaufleute, sondern auch die Gemeinde Wien. Er habe Maismehl zum Höchstpreise von 34 K 80 h diversen Genossenschaften zur Verfügung gestellt und einen Detailpreis von 44 K bedungen.

Nun ergebe sich folgendes: Die Gemeinde bleibe beim Preise von 34 K 80 h Mais sei schon vorher nicht mehr um 24 K zu haben gewesen, sondern nur um einen höheren Preis. Heute koste er 52 K. Das gebe also, wenn die Spannung zwischen fertigem Mehl und Mais mit 10 K angenommen würde, einen Preis von mindestens 62 K. Die Gemeinde könne aber nicht sofort von 34 auf 62 K gehen, und so habe er jetzt den Preis von 44 K als Abgabepreis für Maismehl bestimmt. Natürlich profitiere die Gemeinde noch bei 90 Waggons. Er wolle aber diesen Preis von 44 K auch weiter halten und dann verliere die Gemeinde, wenn sie Maismehl um 62 K in Händen habe und es um 44 K abgebe. Es gleicht sich dies dann aus und er habe fürs Publikum den Preis von 44 K noch ein paar Wochen länger gehalten. Da die „Arbeiter-Zeitung“ für diese Entscheidung eingetreten sei, richte er an Gem.-Rat Neumann das Ersuchen, in dieser Angelegenheit auf die „Arbeiter-Zeitung“ einzuwirken.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß diese Entscheidung wirklich von einschneidender Bedeutung für den Handel sei. Es gebe sicherlich manche, die bei dieser steigenden Konjunktur noch Vorräte haben und sie vielleicht zu steigenden, aber noch mäßigen Preisen an die Kundschaft abgeben. Wenn nun das Gericht den Standpunkt habe, der Gewinn des Kaufmannes dürfe nicht höher sein als 7 bis 8 Prozent, so trete der Fall ein, daß jeder Kaufmann und Händler, der eine Ware aus früherer Zeit besitzt und sie ein gros weiter verkauft, dann seine eigene Ware mit kleinem Zwischengewinn zurückkaufen könne. Durch diese Entscheidung würden also die Lebensmittelpreise aufs neue kolossal gesteigert. Man sollte doch vor Erlassung solcher Entscheidungen Sachverständige beiziehen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß er sich durch diese Entscheidung nicht beeinflussen lassen könne. Er wolle der Bevölkerung, solange es möglich ist, noch einen annehmbaren Preis erhalten.

Die Konferenz nimmt den Bericht des Herrn Bürgermeisters zur Kenntnis und erklärt sich mit der Entsendung einer Deputation

zum Ministerpräsidenten sowie mit der Preisbestimmung für Mais einverstanden.

Referent Magistratsrat Dr. Jamböck gibt bekannt, daß die Regierungs-Verordnung ergangen sei, auf Grund deren die Herausgabe von Brotkarten angeordnet wurde. Seitens der Gemeinde Wien seien alle Vorkehrungen getroffen worden, damit das Publikum so leicht als möglich zum Bezuge der Brotkarten gelange und von nächster Woche an solle es noch leichter gemacht werden, indem jeder Hausbesitzer, beziehungsweise sein Stellvertreter einfach eine Hausliste an die Brot-Kommission zu sende habe, aus der der Name der Partei und ihre Türnummer ersichtlich und worauf auch die Person ersichtlich gemacht sei, welche zum Empfang der Brotkarte berechtigt ist.

Die betreffende Person werde sich am Montag bis 4 Uhr nachmittags in die Brot-Kommission begeben und die Hausliste abliefern; auf Grund der gegenwärtig vorhandenen Erklärungen werden dann die Brotkarten — den Parteien nach — pakettiert und kuvertiert und am Samstag kommt die betreffende Person legitimiert durch ein Legitimationspapier und holt einfach für das ganze Haus die Brotkarten ab. Bei dieser Gelegenheit hat sie anzugeben, daß die und die Partei ausgezogen ist. Für diese Partei werde die Brotkarte zurückbehalten, weil diese Partei nach den Durchführungs-Verordnungen gezwungen ist, bei ihrer neuen Brot-Kommission, zu welcher sie nach ihrem neuen Wohnorte gehört, vorstellig zu werden, sich aber bei der alten Brot-Kommission abzumelden hat. Die alte Brot-Kommission gibt der Partei sub Kuvert ihr Katasterblatt und mit diesem geht die Partei zur neuen Brot-Kommission, die dann die neue Brotkarte auszugeben hat.

Gegenwärtig sei die Sache so, daß die Leute mit ihren Wohnungsmeldezetteln zur Brot-Kommission gehen und dort ihre Erklärungen abgeben. Wenn ein Meldezettel verloren gegangen ist, so muß die Partei auf das Kommissariat gehen, wo sie eine Meldebestätigung bekommt. Nach den Erkundigungen sei in allen Brot-Kommissionen heute wohl ein ziemlicher Andrang gewesen, doch sei kein Zwischenfall vorgenommen.

Der Referent möchte es gerne dahin bringen, die Lehrpersonen, um sie teilweise ihrem Berufe zurückzugeben, durch Privatleute eventuell Pensionisten zu ersetzen. Es seien 401 Sektionen gebildet worden. In jeder Sektion sitzen Lehrer und Lehrerinnen beisammen und jede Sektion hat ihre besondere Geschäftsordnung bekommen. Es sei eine Anleitung für die Lehrpersonen erschienen und außerdem war eine Buchführung einzurichten, so daß über jede volle und über jede geminderte Brotkarte, die ja als streng verrechenbare Drucksorten zu betrachten sind, Rechenschaft gegeben werden könne.

Heute seien außerdem an das Hotelgremium 600.000 Brotkarten abgeliefert worden. Die Verrechnung darüber werde natürlich auch streng durchgeführt. Auf jeder Brotkarte werde der Name des Hotels verzeichnet und die Nummer des Passagierzimmers, welches der betreffende Passagier, dem die Brotkarte vom Hotelier zu verabreichen ist, innehat, so daß auch darüber vollständige Klarheit herrsche.

Am 11. April früh werden die Leute gehen, um, sei es Brot oder Mehl, zu kaufen. Die Manipulation mit den Karten werde eine schwierige sein. Es sei nicht statthaft, daß der Käufer selbst von der Karte einen Kupon abschneide. Das Abschneiden dürfe nur der Verkäufer und niemals der Käufer vornehmen.